

CONV 202/02

CONTRIB 69

FØLGESKRIVELSE

fra: sekretariatet

til: konventet

Vedr.: Bidrag fra Caspar Einem, medlem af konventet: Udenrigs- og Sikkerhedspolitik

Generalsekretæren for konventet har modtaget vedlagte bidrag fra Caspar Einem, medlem af konventet.

Beitrag
Caspar Einem
Österreichischer Nationalrat
zu Fragen der
Außen- und Sicherheitspolitik

A. Außen- und Sicherheitspolitik

Die Schwierigkeiten, in denen sich die EU gegenwärtig in Fragen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik befindet, haben zumindest drei Gründe:

1. Die mangelnde ausdrückliche Rechtspersönlichkeit der EU;
2. Die Vielfalt der Methoden und "Spieler" in den unterschiedlichen Feldern der Außen- und Sicherheitspolitik und vor allem
3. der mangelnde Wille - vor allem mancher großer Staaten - zur Gemeinsamkeit weil sie immer noch glauben, selbst und allein eine wesentliche Rolle in der Welt spielen zu können.

Zu jeder dieser drei Fragen jeweils eine Anmerkung:

1. Die Union hat zwar bereits Rechtspersönlichkeit, sie soll sie aber ausdrücklich bekommen und es soll künftig eine ungeteilte Rechtspersönlichkeit der Union sein, die die der Gemeinschaften einschließt. Weil das zwar nötig, jedoch nicht ausreichend ist, soll

2. eine klare Positionierung der Union nach außen erfolgen und zwar dadurch, dass der Hohe Repräsentant in die Europäische Kommission als deren Vizepräsident integriert und mit "zwei Hüten" ausgestattet wird. Das muss auch in seinem Bestellmodus zum Ausdruck kommen (Bestellung durch den Präsidenten der Kommission und durch den Europäischen Rat).

Grundsätzlich soll (nur) die EK auf der Basis eines von ihr vorzulegenden Vorschlags - sofern es sich nicht ohnehin um eine ausschließliche Kompetenz der Union handelt - vom Rat entsprechend bevollmächtigt werden, Verhandlungen zu eröffnen und zu führen. Der Rest ist eine Frage des Innenverhältnisses in der Union und der Selbstdisziplin der Vertreter der Mitgliedstaaten. Damit sollten wir unsere Partner nicht belasten.

3. Die Rolle, die Einzelstaaten - mit Ausnahme der USA - heute in der Welt spielen können, sollte nach dem 11. September 2001 allen klar sein. Es geht heute offensichtlich nur darum, im Rahmen welcher Gemeinschaft man agiert und wirksam wird. Und da trete ich für die Weiterentwicklung der EU zu einer auch in Fragen der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wirksamen Macht in der Welt ein.

Das aber heißt, wir müssen zu einem einfacheren, vielleicht auch besonderen Verfahren der Willensbildung in einer künftig "säulenlosen" EU kommen, wo öfter gemeinsame Strategien Grundlage für dann mögliche Mehrheitsentscheidungen sind und in denen es zu einer angemessenen Einbindung des Europäischen Parlaments und zu einer ausreichenden Ausstattung mit eigenen Ressourcen (Personal, Geld) kommt.

Alternativ scheint der mündlich vorgetragene Vorschlag Duff, allenfalls dann mit Mehrheit zu entscheiden, wenn bei Fortbestand beider Funktionen der Hohe Repräsentant und der zuständige Außenkommissar einen gemeinsamen abgestimmten Vorschlag vorlegen durchaus prüfenswert.

Schließlich aber sollte dahin gearbeitet werden, dass es zu einer Reform des UN-Sicherheitsrates kommt, sodass dann die EU dort ein ständiges Mitglied wird und sollten die Mitgliedstaaten ihr Stimmrecht im IWF auf die EU übertragen. Das würde nicht zuletzt auch dazu führen, dass der Sitz des IWF nach Europa verlegt werden müßte.

B. Verteidigungspolitik

Wenn das vertraglich festgelegte Ziel der Schaffung der politischen Union weiterhin Gültigkeit haben soll, dann muss die Union im Sinne des Artikel 17 EUV (in der Fassung von Nizza) schrittweise auch die Fähigkeit zur Selbstverteidigung entwickeln. Es macht schon heute keinen Sinn mehr, dass fünfzehn Staaten sich darauf einstellen sich jeweils selbst zu verteidigen. Es wird morgen noch weniger Sinn machen, wenn siebenundzwanzig Staaten sich jeweils selbst verteidigen wollen. Die EU wird im übrigen nur dann auch zu einem respektierten Partner der USA in Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik werden, wenn sie diese Fähigkeit, sich selbst zu verteidigen entwickelt!

Daher sollte das für den Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik vorgeschlagene Verfahren grundsätzlich auch für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik eröffnet werden. Es könnten überdies schrittweise gemeinsame Strukturen aufgebaut werden und dadurch auch das Vertrauen geschaffen werden, das nötig ist, um der politischen Union schließlich auch eine eigenständige Verteidigungsfähigkeit zu geben.
